



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale nehmen die Kehrtwende des Bundesrats betreffend dem 2 Milliarden Hilfspaket zur Kenntnis
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	31. August 2011

Grünliberale nehmen die Kehrtwende des Bundesrats betreffend dem 2 Milliarden Hilfspaket zur Abfederung des Schweizerfrankens zur Kenntnis

Das Gesamtgremium des Bundesrates hat offensichtlich seine 2 Vertreter/-innen bzgl. deren Pläne einer Ausschüttung für die vom starken Franken gebeutelte Exportindustrie zurückgebunden. Die Grünliberalen sind erleichtert über diese Kehrtwende. Ehrlicher Weise hätten wohl beide Politiker offen eingestehen müssen, dass das angekündigte Massnahmenpaket weder umsetzbar ist noch Sinn macht, um die Folgen des starken Frankens zu dämpfen. Auch heute blieb dieses ehrliche Eingeständnis aus. Stattdessen gaben sich beide bemüht, ihr arg geschrumpftes Paket als Hilfspaket zu verkaufen, welches ausschliesslich auf Instrumente zurückgreift, die der Bund sowieso einsetzen kann.

Die Bundesräte Widmer-Schlumpf und Schneider-Ammann haben sich heute offiziell von ihrem 2-Milliarden-Hilfspaket verabschiedet. Der Löwenanteil geht mit CHF 500 Mio. an die Arbeitslosenversicherung (ALV). Diese Massnahme macht klar, wie hilflos der Bundesrat agiert, denn dazu ist kein gesondertes Paket nötig – Massnahmen der ALV können bei Bedarf unabhängig umgesetzt werden. Das Darlehen an die Gesellschaft für Hotelkredite (CHF 100 Mio.) sind nach Ansicht der Grünliberalen massiv überdotiert und ein reduzierter Betrag gehört in einen ordentlichen Budget- oder Nachtragskredit. Exportförderungen von zusätzlichen 10 Mio. erhalten ausgerechnet landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, was den bisherigen Beschlüssen des Bundes zur schrittweisen Reduktion auf Null widerspricht und damit eine seit Jahren unnötige und falsche Subvention verlängert. Die vom Bundesrat präsentierten Kreditaufstockungen für Massnahmen für mehr Forschung an Hochschulen und der KTI mit rund 200 Mio. sind zwar im Grundsatz im Sinne der Grünliberalen Partei und stärken den Forschungsplatz Schweiz per se. Diese Massnahmen gehören aber in ordentliche Budget- und Nachtragskredite. Es ist zudem zu bezweifeln, ob diese Millionen kurzfristig wirklich sinnvoll eingesetzt werden können und ob diese nicht besser schrittweise und in den dafür vorgesehen separaten Geschäfte freizugeben wären.

Dass der Bundesrat kein Wort zu den einzig sinnvollen Massnahmen verliert, wie beispielsweise der Weitergabe der Währungsgewinne, die Stärkung der Wettbewerbskommission und/oder der Stärkung des Preisüberwachers erstaunt weiter.

Summa summarum: die Grünliberalen verstehen nicht, wieso die beiden Bundesräte an der Idee des Hilfspaketes für die Exportindustrie festhalten und einen weiteren Luftballon für die Zukunft ankündigen. Von den heute präsentierten Massnahmen wären die sinnvollen auch ohne medial gross aufgemachte Kommunikation und im Rahmen ordentlicher Nachtragskredite und Budgetanträge einzusetzen gewesen und würden 2011 wohl max. 200 Mio. kosten – also 10 % des vollumding angekündigten Betrages. Ob mit dieser taktischen Kommunikation und dem Einsatz des Alibi-Massnahmenpaketes die Wiederwahlchancen der beiden Bundesräte steigen, stellen wir in Frage. Grundsätzlich wünschen wir Grünliberale uns einen Bundesrat, der offen und ehrlich bzgl. der heutigen und künftigen Herausforderungen der Schweiz kommuniziert und die Bürger/-innen nicht in eine Scheinsicherheit hüllt.